Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.40 Mk. Bei freier Zustellung und selbst abgeholt vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.72 Mk., monatlich 1.24 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus dem Bezirk Schwarzenberg 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., sonst 50 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler infolge Gebrauchs nicht geleisteter Vorschrift wird keine Gewähr geleistet, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder der Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 55.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 18 — Donnerstag, den 23. Januar 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Lage auf dem deutschen Kohlenmarkte hat sich so ungeheuer verschärft, daß der Zusammenbruch der ganzen Kohlenwirtschaft droht.

Beim Messeamt für die Mustermesse in Leipzig geht man mit der Absicht um, die diesjährige Frühjahrsmesse, die für die Zeit vom 2. bis 8. März angesetzt war, bis Ende April zu verschieben.

Der französische Gesandte in Rußland trat unbedingt für Intervention der Alliierten in Rußland ein, um dem Bolschewismus ein Ende zu machen.

Die Nationalwahlen haben nunmehr endgültig 77 Sitze für die deutsche demokratische Partei erbracht.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin nimmt ständig bedeutend zu. Am Ende der vorigen Woche erhielten in Berlin zusammen 17 8840 Personen (in der Vorwoche 147 381) Arbeitslosenunterstützung.

Alte Sünden.

P. L. F. Alte Sünden, besonders aber Unterlassungssünden rächen sich stets. Und unter einer gewaltigen Sündenlast ist das deutsche Volk zusammengebrochen. Es hatte unterlassen, sich um seine eigene Politik zu kümmern, hatte nicht nur unterlassen aus seinen Reihen wirklich die Besten an die politisch richtigen Stellen zu schieben, sondern auch die Führer weder kontrolliert noch mit fruchtbaren Ideen gespeist. So betrachtet ist der Krieg und sein Ende nicht die Schuld nur des Systems, sondern des ganzen Volkes, das dies System duldete. Und daß diese Betrachtungsweise die allein richtige ist, das beweisen auch unsere inneren Verhältnisse, die Parteibildung und die Wahlen. Unpolitisch waren wir alle, samt und sonders, unpolitisch in ganz erschreckendem, unverantwortbarem Maße.

Politik ist Voraussicht und Vorarbeit, Zielsicherheit und Zielstrebigkeit. Ist aber das alles nur auf dem Boden der tatsächlichen Lage, der richtigen Einschätzung der Dinge, wie sie sind. Und da haben wir es auch im Inneren fehlen lassen. Die Bürgerlichen in besonders hohem Maße — so haben die Konservativen die Situation heute noch ebensowenig erkannt, wie vor der Revolution. Sie haben sie heraufbeschworen durch ihr eigensinniges und blindes Verhalten gegenüber der Wahlrechtsreform; sie haben auch jetzt noch die Not der Stunde nicht begriffen, sonst wären sie der demokratischen Partei beigetreten, statt eine reaktionäre Spaltung in das Bürgertum zu tragen, die das Bürgertum zehntausende von Stimmen kostet. Wenn sie auf ihre scheinbaren Wahlerfolge etwa hinweisen sollten, so beweisen die nicht, daß ihre Gesinnung die Richtige ist — (vom Programm wollen wir nicht reden, das haben sie doch von den Demokraten entlehnt, bis auf den unhaltbaren Punkt der Kirchen- und Staatsfrage) — sondern daß große Mengen in Deutschland noch politisch unreif sind, noch nicht wissen, was not tut. Wir haben nie daran gezweifelt. Die Schuld der Konservativen besteht darin, daß sie noch immer auf Volksverführung, statt auf Volksführung ausgehen.

Aber selbst die Mehrheitssozialisten, die politisch bestorganisierte Partei hat grobe Unterlassungssünden zu bereuen. Auch sie ist von der Revolution überrascht worden. Das wissen die kleinen Flitzer auf dem Lande nicht, wohl aber die Parteigrößen. Sie hat es unterlassen ihre Organisation bis in die kleinsten Nester zu tragen. Gerade dort, wo es keine Sozialdemokratie gab, haben die Unabhängigen den besten Boden gefunden. Wir sehen es schlagend aus den Wahlergebnissen gerade unserer Gegend. Und was die Unabhängigen den Mehrheitssozialisten geschadet haben, das wissen die Mehrheitssozialisten selbst am besten. Weiterhin aber haben es die Mehrheitssozialisten unterlassen, ihre Wählerschaft auf die Zeit vorzubereiten, wo die Sozialdemokratie Regierungspartei würde, d. h. die Verantwortung positiver Arbeit würde übernehmen müssen. Auch das hat den Unabhängigen den Boden bereitet, denn die Massen waren nun enttäuscht, als ihre Parteiführer ihnen mitteilten, es ginge noch nicht mit der Sozialisierung. Nicht schnell genug können wir erkennen, wie groß unser aller politische Sünden sind, denn es geht ums Ganze unseres Volkes. Es heißt für uns alle: lernen, lernen, lernen!

Drohender Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft.

In den letzten 14 Tagen hat sich die Lage auf dem Kohlenmarkt ungeheuer verschärft. Im Ruhrgebiete ist infolge der Abgabe des rollenden Materials, insbesondere der Lokomotiven an die Entente, die Wagengestellung für die Kohlenzechen noch unter deren Förderung gesunken. Die Gestellung beträgt zurzeit etwa 10000 Wagen arbeitstäglich (gegen einen normalen Bahnversand von 24000 Wagen während des Krieges). In Oberschlesien beträgt die Zahl der täglich beladenen Wagen ebenfalls in der letzten Zeit infolge des Streiks und der allgemeinen unsicheren Verhältnisse sogar unter 2000 Wagen (gegenüber normal 10- bis 20000 arbeitstäglich im Kriege und 5000 in den letzten Wochen). Die gesamte Wagenstellung in den Hauptkohlenrevieren, die normal etwa 50000 Wagen täglich betrug, war im Dezember 1918 auf nur 26000 Wagen gefallen. Diese Zahlen kennzeichnen die Lage am besten. Während im Ruhrrevier unter der Einwirkung des Umstandes, daß die Eisenbahn in der letzten Zeit die Förderung nicht immer voll hat abfahren können, sich mäßige Bestände gebildet haben, sind heute in Oberschlesien so gut wie gar keine Vorräte mehr vorhanden.

Was die Versorgung des Landes mit Kohlen anlangt, so sind bei den Eisenbahnen in den letzten zwei bis drei Wochen die Bestände bedeutend zurückgegangen. Sie reichten am 13. Januar bei den preußischen Direktionen westlich der Elbe noch für etwa 19 Tage, dagegen östlich der Elbe nur für 9 Tage, teils sogar nur für noch weniger Tage. Die Gefahr, daß der Personen-Fahrplan nicht immer eingehalten werden kann, ist täglich vorhanden. Im Bezirk Bromberg ist es bereits so weit. In einer schwierigen Lage befinden sich auch die Elektrizitätswerke, deren Betrieb nur unter äußersten Einschränkungen aufrecht erhalten werden kann. Die Lage der Gaswerke ist nahezu verzweifelt. In Süddeutschland sind Stillstände in der Industrie durch Kohlenmangel in großem Umfange zu befürchten. München hat bis in den Februar hinein noch Vorrat. Aber Nürnberg, Augsburg, Bamberg und andere Städte sind bereits äußerst eingeschränkt. Aehnlich ist es in Thüringen. Auch Dresden und Leipzig stehen schon seit Wochen vor der Stillegung der Industrie. Es ist bisher immer noch gelungen, diese durch Beschlagnahmen abzuwenden, doch scheidet dieses Aushilfsmittel immer mehr aus. Von Hamburg konnte die Gefahr des Stillstandes nur durch Beschlagnahme der für Berliner Gaswerke bestimmten Kohlen abgewendet werden.

Die Nahrungsmittel-Industrie konnte durch die ihr zuteil werdende Bevorzugung bisher noch einigermaßen versorgt werden. Die Dampfmühlen sind aber jetzt durchweg bereits mehr oder minder gefährdet, besonders die Großmühlen. So ist bei einigen Mühlen im Osten die Arbeitsmöglichkeit schon für die nächsten Tage fraglich. Die übrige Industrie kann nur noch mit ganz geringen Mengen und nur ganz unregelmäßig beliefert werden. Soweit es möglich ist, werden, außer der Nahrungsmittelindustrie, noch einige besonders wichtige Industrien, besonders bevorzugt, z. B. der Lokomotivenbau, dessen normaler täglicher Bedarf (etwa 220 Wagen Kohlen) bei der jetzigen Lage auch nicht annähernd gedeckt werden kann. Unter diesen Verhältnissen muß natürlich die Kohlenausfuhr, mit der zum Teil ausländische Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlt wurden, auf das Aeußerste eingeschränkt werden.

Die Regierung und der wirtschaftliche Notstand.

An der Kabinettssitzung am Dienstag haben sämtliche Staatssekretäre, verschiedene höhere Reichsbeamte, die Oberste Heeresleitung, vertreten durch General Gröner, die Reichsbank, vertreten durch Herrn von Glasenapp, teilgenommen. Die Sitzung, die einer allgemeinen Besprechung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage diente, mußte wegen Lichtmangels aufgehoben werden und wurde gestern fortgesetzt. Es wurden insbesondere besprochen die Fragen, die zur Kompetenz des Demobilmachungsamtes gehören, die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs, der Kohlenversorgung und der Arbeitslosigkeit. Einstimmig wurde der jetzige Zustand als unmöglich bezeichnet und eine recht radikale Aenderung als Vorbedingung der wirtschaftlichen Aufrichtung Deutschlands bezeichnet. In den Städten häufen sich die Arbeitslosen, während auf dem Lande und in den Bergwerken die Arbeitskräfte fehlen, wo die Produktion infolge Mangels an Arbeitskräften stillliege. Dieser Zustand bedürfe dringender Abhilfe. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit nach dem Geboten der Notwendigkeiten handeln wird.

Das Endergebnis der Nationalwahlen.

Das Endresultat aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen setzt sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten die

Deutschnationale Volkspartei 34,
die Deutsche Volkspartei 23,
die Christliche Volkspartei 88,
die Deutsche Demokratische Partei 77,
die Sozialdemokratische Partei 164,
die Unabhängige sozialdemokratische Partei 24 Sitze.

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Welfen, 1 Vertreter des Bauern- und Landarbeiterdemokraten, 4 bayerischen Bauernbündlern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Es stehen also 188 sozialistischen Vertretern 238 nicht sozialistische gegenüber und die Erwartung, daß die Deutsche Demokratische Partei mit einem sehr großen, einem hoch bedeutungsvollen Erfolge aus der Wahl hervorgehen werde, hat sich erfüllt. Es sind ihr 77 Sitze zugefallen. Hätte die Deutsche Demokratische Partei auf die ihr von den rechtsstehenden Parteien angebotene Listenverbindung eingehen wollen — was sie aus Gründen einer reinlichen politischen Scheidung abgelehnt hat — so würde die Zahl ihrer Mandate noch erheblich gewachsen sein.

Stärkung des bürgerlichen Einflusses.

Nach den nun vorliegenden Wahlresultaten ist mit einer rein sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung nicht mehr zu rechnen. Mit dieser Eventualität hat sich gestern bereits der Rat der Volksbeauftragten eingehend befaßt. Es ist in den Grundzügen einer vermehrten Heranziehung bürgerlicher Mitglieder in die Reichsregierung zugestimmt worden. Eine sozialistische Republik kommt nach Lage der Dinge vorerst nicht in Frage. Die Gesetzvorschläge über die Sozialisierung wirtschaftlicher Betriebe werden voraussichtlich eine weitere Einschränkung erfahren.

Die Beurteilung im Auslande.

Holl. Nieuws Bureau meldet aus New York: Die vorläufigen Ergebnisse der deutschen Wahlen veranlassen die amerikanische Presse zu der Annahme, daß gute Aussichten auf ein baldiges Zustandekommen einer ziemlich festen deutschen Regierung bestehen. Vermutlich werde die Mehrheitssozialdemokratie gemeinschaftlich mit den Demokraten die neue Regierung bilden, denn sie habe einen sehr großen Vorsprung gegenüber den Unabhängigen.

Die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht würde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schiffahrt befinden, zusammengekommen sei. Wegen der nichtgeordneten Zustände in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgendeine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen; aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage seien, Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fett und kondensierte Milch, kaufen und importieren dürfe. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in